



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/155 - 9.7.1955
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Nehru auf dem Rückweg nach Indien	S. 1
Überflüssiger Personalbestand bei der Paßkontrolle	S. 2
Die Sozialistische Internationale (Schluß)	S. 3
Bürokratie und Abgeordneter-Rechte	S. 4

Versäumte Gelegenheit

sp - Irgendwo auf seiner Reise durch die weite Sowjetunion erreichte den indischen Ministerpräsidenten Nehru der überraschende Anruf aus London, er möge es doch so einzurichten versuchen, auf seiner großen politischen Erkundungsfahrt auch die britische Hauptstadt zu besuchen. Nehru hat sich dieser Bitte nicht versagt, seine letzte Station war London. Vor dort kommend, wird er am Sonntag auf dem Rückwege nach Indien zu kurzem Zwischenaufenthalt auf dem Flughafen Düsseldorf eintreffen. Der Chef des Protokolls, Gesandter Mohr, wird ihn dort im Namen der Bundesregierung begrüßen.

Dies aber wird auch die einzige Berührung sein, die Nehru, heute eine der weltpolitischen Schlüsselfiguren, mit offiziellen Stellen der Bundesrepublik bisher gehabt hat. Das ist bedauerlich. Der Kreis der Persönlichkeiten, die der indische Staatsmann besucht hat, reichte, eine einzigartige Spannweite, von den Männern des Kreml bis zu Pius XII. im Vatikan. Die Gesprächsthemen während seines Aufenthaltes in der Sowjetunion, in Wien, Belgrad, Rom und London bezogen sich auf alle die großen Fragen, die heute die Welt bewegen. Überall hat man die überragende, fast symbolische Bedeutung begriffen, die in einer so verworrenen und spannungsgeladenen Atmosphäre einem Manne wie Nehru zukommt. Er ist zum Inbegriff jener Politik geworden, die, um ein Wort von ihm selbst zu gebrauchen, gegen den "Irrsinn der Militärpakte" ankämpft und sich mit äußerster Anstrengung um einen für alle Teile annehmbaren Friedensschluß im Kalten Krieg bemüht. Die Zahl seiner Verbündeten in diesen groß angelegten Friedensfeldzug wächst ständig.

So hätte es für die Bundesregierung nahe liegen müssen, wenigstens den Versuch zu machen, die Auffassungen dieses Mannes aus seinem eigenen Munde kennenzulernen, zumal Nehru, wie immer wieder gesagt hat, ein eifriger Befürworter der deutschen Wiedervereinigung ist und in der deutschen Spaltung einen der großen Gefahrenherde der Welt sieht. Sein Rat als der eines Mannes zwischen den Mächteblöcken, der sich unvoreingenommen und ohne einseitige Bindungen um praktische Lösungen bemüht, wird überall gesucht. Es wäre sehr gut gewesen, wenn es auch in Bonn zu einem Gespräch mit ihm gekommen wäre, ehe die westdeutsche Beobachterdelegation nach Genf geht.

* * *

- 2 -

Es geht auch so

Von H.G. Ritzel, MdB

Schon während der Haushaltsdebatte im Haushaltsausschuss führten die Sozialdemokraten scharfe Vorstöße gegen die überflüssige Methode der Passkontrolle bei Grenzübergängen. In gleicher Weise übten die sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss für innere Angelegenheiten Kritik und schließlich setzten die Sozialdemokraten dem Bundesminister des Innern während der Haushaltsdebatte im Plenum des Bundestages im Interesse einer Vereinfachung und Verbilligung des ganzen Systems der Passkontrolle energisch zu.

Gegen die bessere Einsicht des Großteils der CDU-Mitglieder des Haushaltsausschusses gelang es den merkwürdig energischen Bemühungen des Bundesinnenministers zwar, den bereits vom Plenum des Bundestages gebilligten Beschluß auf Anbringung von 425 kw-Vermerken beim Passkontrolldienst wieder zu beseitigen, so dass es zunächst bei der bisherigen Verwendung von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes im Bereich des Bundespasskontrolldienstes bleibt, aber unter dem Druck der Kritik hat der Bundesinnenminister schließlich doch eine wichtige Konzession gemacht, indem die überflüssige Abstempelung von Pässen im Grenzverkehr ab sofort unterbleibt.

Während noch vor kurzem eine Reise aus der Bundesrepublik nach der Schweiz und über Frankreich zurück nicht weniger als fünf Stempel in einen Pass einbrachte, von denen drei deutsche Stempel waren, ist es jetzt möglich, beispielsweise in die Schweiz ohne einen einzigen Stempel hin und zurück zu reisen. Warum konnte dieses einfache System nicht schon längst bewirkt werden? Die sozialdemokratischen Forderungen in dieser Richtung sind wahrhaftig alt genug und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung jetzt aus dieser Änderung? Wenn bisher bei einem Grenzübergang zwei bis drei Stempel in einem Pass angebracht wurden, dann beschäftigte dies Personal und verbrauchte Material. Jetzt fällt diese unsinnige Stempelerlei weg. Man hat aber nichts davon gehört, dass der Bundesinnenminister daraus in bezug auf eine Vorringerung des an der Grenze eingesetzten Personals die Folgerungen ziehen will. Bei der Entscheidung über die Verringerung der Beamtenschaft im Passkontrolldienst hat sich der Deutsche Bundestag in seiner Mehrheit von dem Bundesinnenminister klein machen lassen.

Wird dieser Bundestag diese schwächliche Haltung gegenüber der Bürokratie auch weiterhin beibehalten? * * *

Grenzen und Möglichkeiten

ap - Die geschichtliche Periode des Kampfes sozialistischer Parteien gegen den Staat ist abgeschlossen. Nun geht es ihnen darum, mit demokratischen Mitteln die Macht im Staat, d.h. die Regierungsgewalt zu erobern. Dieses Streben ist ihnen gemeinsam mit allen politischen Parteien. Unabhängig davon, ob es den Sozialisten gelungen ist, dieses Ziel schon zu erreichen, sind sie heute als Teil des Staates nicht mehr wegzudenken. In einer großen Anzahl von, zumindest europäischen Staaten sind die Sozialisten an der Regierung beteiligt. Daraus ergeben sich für die sozialistische Zusammenarbeit auf internationalem Gebiet zwar neue bedeutsame Möglichkeiten, doch sind die Schwierigkeiten nicht zu übersehen.

Die Sozialistische Internationale ist im Gegensatz zur Komintern oder der Kominform keine zentralistische Befehlszentrale. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik, auch in aktuellen internationalen Fragen erfordert daher die Rücksichtnahme auf die verschiedenartige Stellung sozialistischer Parteien zur jeweiligen Regierung ihres Landes. Da es Parteien gibt, die entweder allein oder als Koalitionspartner nationale Regierungen vertreten, andere in Opposition und wieder andere noch in der Illegalität sind, werden die Schwierigkeiten ersichtlich, die nationalen Interessen mit internationalen so auszugleichen, dass ohne Verletzung der einen das sozialistische Anliegen gefördert wird. Diese Lage wird zweifellos noch dadurch kompliziert, dass im Stadium der Nachkriegsentwicklung und durch den Kalten Krieg nationale Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen im Vordergrund standen

Ein weiteres Problem für die Sozialistische Internationale ist ihr Verhältnis zu den asiatischen Sozialisten. In diesem Zusammenhang sei nur auf folgendes hingewiesen. Wenn auch die sozialistischen Parteien von jeher als eines ihrer Ziele die Vereinigten Staaten von Europa gefordert haben, so taten sie dies, um durch enge Zusammenarbeit, wirtschaftlich und kulturell, den Lebensstandard der Bevölkerung heben zu können. Der Kalte Krieg hat aber dazu geführt, dass der Europagedanke weitgehendst mißbraucht wurde, indem man den militärischen Zusammenschluss Europas als Endzweck ansah und die Forderung nach einem geeinten Europa fast zu einer Ideologie werden ließ. Besonders

Die Sozialisten müssen sich darüber im klaren sein, dass eine über-
spitzte europäische Integration die Gefahr in sich birgt, unnötige
Barrieren gegenüber den nichteuropäischen Kontinenten aufzurichten
und damit zu einer nichtgewollten Isolierung führen kann. Dies würde
das Verhältnis der asiatischen zu den europäischen Völkern verschlech-
tern und das Mißtrauen vergrößern. "Europa den Europäern" ist eine
genauso primitive Forderung wie die kommunistische Losung, "Asien
den Asiaten". Für die Sozialisten aller Nationen gilt dagegen als
Ziel die Schaffung "einer Welt".

Die Grenzen, die durch die hier angedeuteten wenigen Probleme
der Sozialistischen Internationale gezogen sind, haben dazu geführt,
dass die Sozialistische Internationale heute noch nicht zu dem Faktor
in der Weltpolitik geworden ist, wie es von allen Parteien erstrebt
wird. Eine internationale Organisation dieser Art kann nicht stärker
sein als die ihr angeschlossenen nationalen Parteien, die in ihrem
Lande selbst Einfluss haben. So ergibt sich für die Internationale
die Aufgabe als Katalysator zu wirken, d.h., den Rahmen dafür abzuge-
ben, um Gespräche unter führenden Sozialisten auf allen Ebenen zu er-
möglichen, Informationen auszutauschen und zu vermitteln, um damit
die Voraussetzung zu schaffen, die Möglichkeiten des demokratischen
Sozialismus in der ganzen Welt zu vergrößern.

* * *

Vom Selbstbewußtsein einer Volksvertretung

CDU-Landtagspräsident von NRW warnt vor wachsender Macht der
Exekutive

G.M., Düsseldorf

Zu einem förmlichen Redduell über Fragen der parlamentarischen
Autorität in der Demokratie kam es zwischen dem CDU-Fraktionsvorsitzen-
den Wilhelm Johnen und dem CDU-Landtagspräsidenten Josef Gockeln
bei dem jährlichen Empfang, den Gockeln der Düsseldorfer Presse dieser
Tage gab. "Das Staatsvolk ist im Begriff, unterzugehen" - nämlich
als gestaltende Kraft in der bundesdeutschen Politik - und lege sein
Geschick mehr und mehr in die Hände der Verwaltung, meinte Gockeln.
Während das Ansehen des Bundesrates vor allem wegen seiner immer be-
wiesenen Sachlichkeit und seines stets selbständigen Urteils im
Steinen begriffen sei, könne man dasselbe keineswegs von den Landtagen

und dem Bundestag sagen.

Das ist nach Gockeln im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Ministerialbürokratie, besonders auf Bundesebene, aber zum guten Teil auch in den Ländern, ihr Material den Abgeordneten vorenthalten darf. Wenn das besondere Sachverständnis bei den Verhandlungen des Bundesrates immer wieder lobend erwähnt werde, so gehe das eben auf die Tatsache zurück, dass die in diesem Gremium auftretenden Minister und Ministerpräsidenten Akteneinsicht in die bei der Bürokratie liegenden Vorgänge nehmen könnten. Dieses Recht müsse unbedingt auch den gewählten Volksvertretern eingeräumt werden, damit sie ihre gesetzgeberische Arbeit ordnungsgemäß erfüllen könnten.

"Bundesrat verfassungsrechtlich eine Anomalie"

In diesem Zusammenhang bezeichnete Gockeln übrigens den Bundesrat als eine "verfassungsrechtliche Anomalie", weil nirgendwo sonst in der demokratischen Welt ein Organ der Exekutive gesetzgeberische Aufgaben durchführen könne. Er hat eine Änderung in der Zusammensetzung des Bundesrats für unbedingt erforderlich. Spätestens bei der Wiedervereinigung Deutschlands werde diese Frage akut werden, da in der SBZ die Länder nicht mehr existieren. Gockeln tritt dafür ein, dass die Mitglieder des Bundesrats entweder aus den Landtagen oder vor den "sozialen Körpern" gewählt werden sollen.

Im Gegensatz zu der verbreiteten Meinung, in Deutschland gäbe es zu viele Abgeordnete und sie wären zu teuer, stellte Gockeln fest, dass auf etwa 30 000 Staatsbürger in der Bundesrepublik nur ein Parlamentarier in Landtagen und Bundestag kommt, also weniger als etwa in den USA oder England, und dass die gesamten Parlamentarkosten pro Kopf der Bevölkerung und Jahr nur DM 1,04 betragen.

Der CDU-Landtagspräsident wandte sich sehr entschieden gegen die von der Bundesregierung vertretene Auffassung, die neu entstehende Wehrmacht sei nach Charakter und Funktion im verfassungsrechtlichen Sinne etwa der Exekutive gleichzustellen. Eine Wehrmacht sei immer ein Sonderfall, der das ganze Staatsvolk und seine gewählten Körperschaften in jeder Phase angehe. Die Bundesrepublik habe zwar jetzt Souveränität erhalten, aber die "politischen Heuerlinge" wüßten mit ihr nichts anzufangen und die Öffentlichkeit reagiere nicht so demokratisch und selbstbewußt, wie in gewachsenen Demokratien. Truman habe zwar

9.7.1955

seinerzeit unter dem Beifall des amerikanischen Volkes den legendenumwobenen General MacArthur nach Hause schicken können, als er sich dem Willen der Regierung nicht beugte. In Deutschland dagegen sei die Reaktion der Öffentlichkeit in einem solchen Fall keineswegs mit der gleichen Sicherheit vorauszusehen.

Die zwei Flügel der CDU in NRW

Gockeln brachte seine Ansichten in Form von Diskussionsanregungen an die Presse vor, wobei er auf erheblichen Widerspruch bei seinem Fraktionsvorsitzenden und Einheitscher der CDU-Fraktion im NRW-Landtag und der NRW-CDU überhaupt, dem Jülicher Notar Johnen stieß, der erkannte, dass sich die Bedenken Gockelns im Grunde genommen gegen die unter der Regierung Adenauer wachsende Macht der Exekutive und der Bürokratie richteten. So wurde aus dem Gespräch zwischen dem Landtagspräsidenten und der Presse größtenteils ein Streitgespräch zwischen Gockeln und dem "starken Mann" der CDU, Johnen, das die starken Spannungen in dieser Partei zwischen einem demokratisch-parlamentarischen Flügel - Gockeln kommt von den christlichen Gewerkschaften, hatte dann aber Anschluss an den Kreis um Adenauer gefunden - und jener Gruppe sichtbar machte, die in der Erhaltung und Ausübung von Macht ihre eigentliche politische Mission erblickt. Bei dieser Gruppe war Gockeln bereits im vergangenen Jahr dadurch aufgefallen, dass er die Landtagsabgeordneten zu größerem Selbstbewusstsein und schärferer Kritik an den Gesetzen und den Maßnahmen der Regierung aufforderte.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau